



Pressemitteilung zu den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien

## Kolumbien vor der Wahl – Frieden am Scheideweg

**Im Vorfeld der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 31. Mai ist die humanitäre und die Sicherheitslage in vielen Regionen Kolumbiens äußerst prekär. Die aussichtsreichsten Kandidat\*innen stehen für zwei gegensätzliche politische Angebote, um Frieden im Land zu erreichen: Dialog oder die „harte Hand“. Angesichts dieser unsicheren Lage kritisieren mehrere deutsche Menschenrechtsorganisationen und Hilfswerke die Pläne der Bundesregierung, sich aus der Friedensförderung in Kolumbien stark zurückzuziehen.**

**Berlin, 29. Mai 2026 |** Die Präsidentschaftswahlen in Kolumbien entscheiden darüber, ob der Friedensprozess in den nächsten vier Jahren eine Zukunft hat. Einige der aussichtsreichsten Kandidat\*innen setzen auf eine Politik der „harten Hand“ und militärische Eskalation in enger Abstimmung mit den USA. Andere warnen davor, dass sich dadurch der Konflikt und die Menschenrechtslage verschlimmern werden. Ausgerechnet in dieser fragilen Situation droht ein Rückzug Deutschlands aus der Unterstützung von Friedens- und Menschenrechtsprojekten.

„Die Bundesregierung war international bisher eine der wichtigsten Stützen des Friedensprozesses. Dass das BMZ gerade in einer für die Friedens- und Menschenrechtsarbeit in Kolumbien so kritischen Zeit plant, seine Unterstützung für Frieden größtenteils einzustellen, ist falsch und kurzsichtig“, erklärt Juana Corral, Koordinatorin bei kolko – Menschenrechte für Kolumbien e. V. „Die Bundesregierung würde damit nicht nur die Erfolge vieler auch von ihr geförderter Friedensprojekte gefährden, sie würde auch eine Chance verpassen, die Sicherheit Deutschlands zu stärken. Denn Friedensförderung in Kolumbien trägt auch wesentlich zur Bekämpfung transnationaler Organisierter Kriminalität in Europa bei.“

Die Bundesregierung und die EU haben die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 zwischen der Regierung Kolumbiens und der Guerilla-Gruppe FARC bisher stark unterstützt und damit wichtige Erfolge möglich gemacht: Die Entwaffnung von über 10.000 Guerilla-Kämpfer\*innen, die Stärkung der Rechte von Frauen und ethnischen Gemeinden und den Aufbau eines Sonderjustizsystems zur Aufarbeitung schwerster Menschenrechtsverletzungen. Im Anfang Februar veröffentlichten Reformplan des BMZ kündigt die Bundesregierung nun an, die Förderung von Frieden und Stabilisierung in Lateinamerika einzustellen. Damit drohen dem Friedensprozess in Kolumbien drastische Mittelkürzungen.

„Die Bundesregierung sollte ihre politische und finanzielle Unterstützung für den Friedensprozess im bisherigen Umfang aufrechterhalten und auch mögliche Dialogversuche der neuen kolumbianischen Regierung unterstützen, um die bewaffneten Konflikte zu beenden“, fordert Juana Corral von kolko e. V. „Alle Kooperationen mit Kolumbien sollten allerdings an ein klares und glaubwürdiges Bekenntnis der neuen Regierung geknüpft werden, das Friedensabkommen von 2016 weiter umzusetzen.“

Trotz vieler Erfolge warten zahlreiche Vereinbarungen des Abkommens noch immer auf Umsetzung. Auch die Friedensgespräche der seit 2022 amtierenden Regierung Petro mit neun bewaffneten Gruppen sind teilweise gescheitert und haben die Sicherheitslage kaum verbessert. Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen um die Kontrolle illegaler Ökonomien haben vielerorts zugenommen. Laut dem *Roten Kreuz* haben sich 2025 Einzel- und Massenvertreibungen sowie die Zahl derjenigen, die keinen Zugang zu überlebensnotwendiger Grundversorgung hatten, im Vergleich zu 2024 verdoppelt.

Auch die Zivilgesellschaft lebt heute weiter mit der ständigen Gefahr, zum Ziel von Gewalt zu werden. Nach Angaben des NRO-Bündnisses *Somos Defensores* war 2025 das Jahr mit der höchsten Zahl tödlicher Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen seit Beginn der Amtszeit von Präsident Petro. Das Bündnis dokumentierte 165 Morde und 874 Angriffe insgesamt. Im Umfeld der Wahlen und des Regierungswechsels könnte sich die Sicherheitslage in vielen Regionen noch verschärfen, wie die Gewaltwelle Ende April im Südwesten Kolumbiens zeigt. Allein bei einem Bombenanschlag nicht-demobilisierter Guerilla-Kämpfer der FARC auf einen Bus in Cauca starben über 20 Menschen.

### Kontakt und weitere Informationen:

- Juana Corral (kolko – Menschenrechte für Kolumbien e. V.): [mail@kolko.net](mailto:mail@kolko.net), Tel.: +49 (0)157 54 49 25 28